

Rot-grüner Öko-Coup

Regierung soll **ökologische Steuerreform**

prüfen – Bürgerliche unterlagen in Abstimmung

Der Grosse Rat steht einer ökologischen Steuerreform positiv gegenüber. Die Regierung soll nun prüfen, was sich machen lässt. Überwiesen wurde das Postulat, obschon die Bürgerlichen dagegen waren – bei der Abstimmung fehlten einige.

DÖLF BARBEN

Der Vorstoss stammt vom Grünen Bernhard Pulver, der im Frühling in die Regierung gewählt wurde. Pulver verlangt eine ökologische Steuerreform im Kanton Bern. Die Idee: Die Einnahmen von marktwirtschaftlichen Umweltabgaben sollen staatsquotenneutral zur gezielten Senkung von direkten Steuern eingesetzt werden. Dies vor allem in jenen Bereichen, in denen der Kanton Standortnachteile hat.

Weil die Regierung das Anliegen grundsätzlich unterstützt, war sie bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Die verbindliche Form der Motion lehnte sie aber ab, weil sie einen Alleingang des Kantons Bern als zu risikoreich erachtete.

Bei den Bürgerlichen stiess die Forderung auf Ablehnung. Man sei nicht generell gegen Umweltabgaben. Die müssten aber «sinnvoll und projektbezogen» sein, sagte Adrian Kneubühler (fdp, Nidau). Was die FDP nicht wolle, sei ein «Gesamtsammelsurium». Zudem sprach er von einem «fundamentalen Fehlanlass», weil Steuer- mit Umweltabgaben gekoppelt würden. Auch Andreas Blank (svp, Aarberg) betonte, die SVP wäre für sinnvolle Massnahmen, nicht aber für eine flächendeckende Reform, die zu Standortnachteilen führe. SVP, FDP und EDU lehnten sogar das Postulat ab. Schliesslich sei das alles schon ausgerechnet und geprüft worden, sagte Blank.

Und dann «heisst es Njet»

Rot-grüne Grossrätinnen und Grossräte versuchten, den Bürgerlichen ins Gewissen zu reden. Sie könne nicht verstehen, dass für die Bürgerlichen nicht einmal ein Postulat in Frage komme, sagte Paula Ramseier (sp, Bern). Johanna Wälti und Christoph Grimm (beide Grüne, beide Burgdorf) priesen die Chancen, die eine solche Reform beinhalte – selbst für kleine und mittlere Unternehmen. Und Ro-

land Näf (sp, Muri) probierte es mit den grossen Zusammenhängen: Vor Wochenfrist sei hier über Klimaerwärmung debattiert worden – aber kaum werde es konkret, «heisst es Njet».

Abwesende und Abweichler

Finanzdirektor Urs Gasche brachte die Meinung der Regierung zum Ausdruck: «Wir haben auch das Gefühl», sagte er, dass der Kanton sich profilieren könnte, wenn er in diesem Bereich vorangehen würde.

Und dann trat ein, was so niemand erwartet hätte: Der Grosse Rat überwies das Postulat mit 76 zu 64 Stimmen. Bei SVP und FDP waren ein Dutzend Grossratsmitglieder abwesend, dazu kamen zwei, drei Abweichler – was Rot-Grün und der EVP genügte.



Fahrzeugsteuer prüfen

Die Motorfahrzeugsteuer soll neu Fahrzeuge mit geringerem Treibstoffverbrauch und wenig Schadstoffausstoss bevorzugen. Vier Vorstösse mit diesem Ziel wurden gestern als Postulate überwiesen. Die Vorstösse von Gerhard Fischer (svp, Meiringen), Rudolf Käser (sp, Meierried), Peter Moser (fdp, Biel) und Thomas Fuchs (svp, Bern) gingen

das Anliegen jedoch unterschiedlich an; durch die Überweisung als Postulat bleibt für die Regierung nun Handlungsspielraum. Sie will eine Teilrevision des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge in die Wege leiten. Polizeidirektor Hansjürg Käser verspricht nun zu handeln und eine Expertengruppe einzusetzen. (sda)